

Gesetzesklage wurde abgelehnt

Das Verfassungsgericht Indonesiens hat die Beschwerde der nationalen indonesischen Industrie- und Handelskammer KADIN sowie anderer Unternehmerverbände gegen die gesetzlichen Verpflichtungen zur *Corporate Social Responsibility* (CSR) zurückgewiesen. Gemäß Artikel 74 sind alle im Rohstoffsektor tätigen oder natürliche Ressourcen beeinträchtigenden Gesellschaften verpflichtet, sich in der CSR zu engagieren. Die Kläger hatten argumentiert, die gesetzliche Verpflichtung stehe dem Freiwilligkeitsansatz des CSR entgegen. In einer Entscheidung verwies das Gericht auf die Umweltschäden in Indonesien, die ein kritisches Maß erreicht hätten. Die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erfordere daher Verantwortung. Eine Regulierung schaffe dabei mehr Rechtssicherheit als CSR auf freiwilliger Basis. Art und Umfang der CSR-Aktivitäten, Details der Budgetierungspflicht und Fragen der Kontrolle hat der Gesetzgeber bisher nicht konkretisiert.

Problematisch in Indonesien, aber auch in vielen anderen Schwellenländern, ist der Konflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum auf der einen und nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz auf der anderen Seite. Die Idee des CSR versucht diesen Konflikt zu beheben.

Die deutsch-indonesische Industrie- und Handelskammer EKONID fördert das Thema CSR in Indonesien und führt ein eigenes CSR-Department.

vgl. <http://csr-news.net>, 3.8.2009

Flugverbot aufgehoben

Das Flugverbot, welches die EU im Juli 2007 für alle indonesischen Luftfahrtunternehmen ausgesprochen hatte, wird nach einer Empfehlung des EU-Luftsicherheitskomitees für Garuda Indonesia, Mandala, AirFast and Premi Air 2010 aufgehoben. Der Grund für das Verbot der Einreise sämtlicher indonesischer Luftfahrtunternehmen war, dass die Maschinen den Sicherheitsstandards der EU nicht genügten. Flüge wurden als nicht sicher eingestuft. Das Betriebsverbot hat die Beziehung der Regierung Indonesiens zu der Europäischen Gemeinschaft erheblich belastet. In den vergangenen zwei Jahren hat Präsident Yudhoyono keine europäische Hauptstadt mehr angefliegen,

auch weil er darauf bestand, mit der staatseigenen Garuda zu fliegen. Somit kam der Austausch auf politischer Ebene nahezu zum Erliegen. Das Verbot wurde von der indonesischen Regierung als unfreundlicher politischer Akt empfunden. Diplomaten bewerteten das Verbot als mangelndes politisches Gespür seitens der EU. Schließlich sei das muslimisch geprägte Indonesien wichtig für den Islam-Dialog und als einer der größten Binnenmärkte Asiens ein wichtiger Partner. Die Zukunft wird nun zeigen, wie schnell die Beziehungen zwischen Indonesien und der EU wiederhergestellt werden können.

vgl. www.aseanaffairs.com, 6.7.2009;
www.faz.net, 29.6.2009

Dept-for-nature-Swap

Ende Juni 2009 unterzeichneten die Regierungen Indonesiens und der USA ein Abkommen, durch das Indonesien Schulden in Höhe von 30 Millionen US-Dollar erlassen werden. Im Gegenzug ist die indonesische Regierung allerdings dazu verpflichtet, diesen Schuldenbetrag, welcher als Treuhandfond angelegt wird, zum Schutz des Regenwaldes in Sumatra zu verwenden. Geschützt werden sollen 13 verschiedene Waldflächen. Das Abkommen ist die nächsten acht Jahre gültig und der bisher größte *debt-for-nature-Swap*, den die US-Regierung unter dem *Tropical Forest Conservation Act* (TFCA) organisiert hat, sowie der erste Vertrag dieser Art mit der Regierung Indonesiens.

»Anstatt, dass der Schuldenbetrag direkt an den Gläubiger geht oder erlassen wird, hat die Regierung Indonesiens dieses wirklich wichtige Engagement gezeigt und das Geld in die Erhaltung des Regenwaldes zugunsten der lokalen Bevölkerung und der bedrohten Tierwelt investiert«, so Jennifer Morris von der Gruppe *Conservation International*. Walter Lohman, Mitglied der *Heritage Foundation* äußert sich zwar besorgt darüber, ob das Geld auch an die richtige Stelle gelangen werde, er sieht aber auch eine Menge Positives in dem Abkommen: »Wir bauen dadurch eine Beziehung zu Indonesien auf.«

vgl. www.thejakartapost.com, 30.6.2009;
www.voanet.com, 29.7.2009

Regeln für Facebook

Imame wollen Facebook und andere soziale Netzwerke im Internet regulieren. Mitte Mai 2009 waren rund 700 Geistliche in der Stadt Kediri auf der Insel Java zusammengekommen, um Nutzungsregeln aufzustellen. »Es ist notwendig, ein Edikt für virtuelle Netze zu erlassen, weil diese Online-Beziehungen sexuelle Begierden wecken könnten,

was im Islam verboten ist«, sagte Nabil Haroen vom islamischen Internet-Anbieter Lirboyo, der die Konferenz ausrichtete. Das Land verzeichnet in Südostasien den größten Mitgliederzuwachs bei Facebook, obwohl weniger als 0,5 Prozent der 235 Millionen Indonesier Zugang zum Internet haben.

vgl. cpa/AP, 21.5.09

Hausangestellte fordern mehr Schutz

Anfang August versammelten sich rund 100 Hausangestellte und Mitglieder verschiedener NGOs in Jakarta, um in einer Kundgebung die Regierung aufzufordern, Schutzmaßnahmen zugunsten der Hausangestellten zu ergreifen, sowie deren Rechte mehr zu fördern und publik zu machen. Anlass für die Kundgebung war der Entwurf der *Internationalen Konvention zum Schutze von Hausangestellten*, den die *Internationale Arbeiterorganisation* (ILO) an die Regierung geschickt hat, sowie ein Katalog mit Fragen über die derzeitigen Bedingungen der Hausangestellten. Lita Angraini, Vorsitzende von *National Network for Domestic Workers Advocacy* (Jala PRT) ist der Ansicht, dass die Beantwortung der Fragen ein erster wichti-

ger Schritt ist, die ILO-Konvention anzunehmen. Das *Ministry of Manpower and Transmigration* wird sich mit den Fragen befassen. Sumardoko, Sprecher des Ministeriums fragte sich allerdings, wie solch eine Konvention von der Regierung angenommen werden solle, wenn im Land selbst keine Gesetze zum Schutz Hausangestellter existierten. Hausangestellte, die der Gewalt ihrer Arbeitgeber ausgesetzt sind, brauchen einen umfangreichen Schutz, vor allem auf physische und psychische Unversehrtheit, so Lita. Die Konvention sieht die Etablierung klarer Standards zum Schutz von Hausangestellten weltweit vor. Diese sollen 2010 auf einer Konferenz der ILO besprochen werden.

vgl. www.jakartaglobe.com, 2.8.2009

Noordin noch flüchtig

Eine Analyse von Fingerabdrücken und Gesichtszügen haben ergeben, dass der Attentäter Noordin Mohammed Top bei dem Gefecht Anfang August 2009 mit einer Sondereinheit im Bezirk Temnaggung nicht getötet wurde. Die indonesische Polizei will dies allerdings noch nicht bestätigen und wartet auf eine DNA-Analyse. Der 40-jährige Malaie Noordin, der meistgesuchte Mann in Südostasien, ist Anführer der Terrororganisation *Tanzim Qaedat al-Jihad*, eine Splittergruppe der *Jemaah Islamiya*, welche wiederum ein Ableger von *Al Qaeda* ist. Bevorzugte Ziele von Angriffen

sind Ausländer. Er soll hinter dem Anschlag auf das Marriott- und das Ritz-Carlton-Hotel in Jakarta am 17. Juli 2009 stehen, sowie hinter weiteren Anschlägen in der Vergangenheit. Nach den Anschlägen im Juli hatte der Präsident diese scharf verurteilt: »Ich bin sicher, dass fast alle von uns meine Bestürzung und Trauer teilen und innerlich mit mir weinen, während eine Handvoll von Leuten da draußen zufrieden lachen und sich daran erfreuen, was sie aus Hass, Wut und Rache sucht getan haben.«

vgl. www.antara.co.id/en, 17.7.2009;

AFP/woja, 10.8.2009;

Präsidentenwahl

Nach der Präsidentenwahl am 8. Juli 2009 forderte das Wahlkampfteam um die unterlegene Kandidatin Megawati von der *General Elections Commission* (KPU) einen zweiten Wahlgang. Der erste sei nicht ordnungsgemäß gewesen und 28 Mio. Stimmen fehlten. Wahlbeobachter bestätigen zwar, dass es Millionen von Menschen nicht möglich war zu wählen und

viele mehr als einmal zur Wahl registriert wurden. Dennoch sei die Wahl demokratisch und transparent verlaufen. In der zweiten Amtszeit des siegreichen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono bestehen gute Chancen, dass wirtschaftlicher Fortschritt vorangetrieben und politische Stabilität erreicht wird.

vgl. www.thejakartapost.com, 28.7.2009,

3.8.2009

Grenze geschlossen

Die Grenze zwischen Indonesien und Papua Neu Guinea wurde vorläufig geschlossen. Grund dafür waren die Vorfälle auf dem Gelände der PT Freeport, der weltgrößten Gold- und Kupfermine. Die Zwischenfälle dort begannen am 8. Juli 2009, als ein Bus und Sicherheitsposten in Brand gesetzt wurden. In den folgenden Tagen wurden zwei Menschen von einem Unbekannten erschossen. Ein weiterer wurde schwer verletzt. Beide Länder haben sich damit einverstanden erklärt, die Grenze vorläufig zu schließen, um mögliche Geschehnisse wie diese abzuwenden. Die Grenze ist bereits seit den Präsidentschaftswahlen am 8. Juli 2009 geschlossen, damit sollten mögliche Vorfälle während und nach der Wahl verhindert werden.

Die indonesische Polizei und Spezialeinheiten konnten bisher keinen bzw. keine Täter ausmachen. Zunächst wurden die Rebellen der *Bewegung freies Papua* (*Organisasi Papua Merdeka*), die für die Unabhängigkeit kämpfen, hinter den Vorfällen vermutet. Diese bestreiten allerdings eine Beteiligung. Seit den Vorfällen wird die Straße zwischen der Mine und der Bergbaustadt Timika, welche 60 Kilometer entfernt liegt, patrouilliert. Auf dieser Strecke fanden auch die Angriffe statt.

Die Mine wurde immer wieder kontrovers diskutiert. Die Bewohner der rohstoffreichen Provinz Papua kritisieren die Auswirkungen auf die Umwelt und die geringen Einnahmen, die ihnen durch den Betrieb der Mine zuteil werden.

vgl. www.antara.co.id/en, 4.8.2009